

Pressemitteilung
Kiel, 27.01.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Enge Energiezusammenarbeit in der Nordsee stärkt unsere Unabhängigkeit

*Nordsee-Gipfel gibt in Energiefragen wichtiges Signal in stürmischen Zeiten –
Bundesministerin Reiche muss jetzt nachsteuern*

Anlässlich der Beschlüsse des gestrigen Nordsee-Gipfels in Hamburg begrüßt der SSW-Bundestagsabgeordnete Stefan Seidler die Einigung der Nordsee-Anrainerstaaten auf einen gemeinsamen Investitionspakt für Offshore-Windenergie ausdrücklich. Ziel der Vereinbarung ist es, die Offshore-Erzeugung bis 2050 nahezu zu verzehnfachen und die Stromnetze grenzüberschreitend zu einem europäischen Energie-Hub mit bis zu 100 Gigawatt Leistung zu verknüpfen.

„Der Nordsee-Gipfel sendet ein starkes und dringend benötigtes Signal in unsicheren Zeiten. Gerade für die Offshore-Branche verspreche ich mir durch die Beschlüsse gestern in Hamburg mehr Sicherheit. Vorausgesetzt, die Bundesregierung wacht endlich auf, denn bisher bewegt sich im Haus von Frau Reiche zu wenig.“

Seidler unterstreicht: „Die enge Energiezusammenarbeit in der Nordsee stärkt unsere Energieunabhängigkeit von autoritären Staaten, schafft dringend benötigte Planungssicherheit für Industrie und Investoren und ist ein enormer Schub für die grüne Offshore-Wirtschaft – gerade auch bei uns in Schleswig-Holstein.“

Seidler weiter: „Offshore-Wind ist ein Schlüssel, um klimaneutralen Strom in großen Mengen und zu wettbewerbsfähigen Preisen zu erzeugen. Dass die Branche im Gegenzug Kostensenkungen zusagt und zehntausende Arbeitsplätze entstehen sollen, bestätigt: die ökologische Transformation unserer Wirtschaft macht sich auch ökonomisch bezahlt. Grüne Energie, Wertschöpfung und gute Arbeit gehören zusammen.“

Damit der ambitionierte Ausbau der Offshore-Windenergie nachhaltig gelingen kann, warnt der norddeutsche Politiker vor negativen Folgen eines eindimensionalen Handelns und mahnt zu Umsicht:

„Der Ausbau der Offshore-Windenergie im industriellen Maßstab darf unsere Nordsee nicht gefährden. Etwa der Meeresschutz muss von Anfang an konsequent mitgedacht werden. Es nützt nichts, wenn wir im Namen des Klimaschutzes und der grünen Energiegewinnung fragile Ökosysteme überlasten. Weit ist dieser Triggerpunkt nicht mehr entfernt. Gleichzeitig zeigt der Hamburger Gipfel uns, welch enormes Potenzial in einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Partnerstaaten liegt – vor allem zwischen Deutschland und Dänemark. Durch bessere Abstimmung bei Planung und Betrieb könnten wir Effizienzverluste wie Abschattungseffekte minimieren und die verfügbaren Flächen in Nord- und Ostsee noch optimaler nutzen. Das ist wirtschaftlich und hat ökologische Vorteile.“

Vor dem Hintergrund der aktuellen sicherheits- und geopolitischen Lage sei zudem ein deutlich breiterer Blick auf Resilienz und Souveränität notwendig:

„Wir bauen kritische Energieinfrastruktur mitten ins Meer. Das hat Risiken, was die russischen Aktivitäten in Nord- und Ostsee zeigen. Wir stehen vor einer neuen sicherheitspolitischen Schlüsselaufgabe für Bundespolizei und Bundeswehr. Ob Offshore-Windparks, Stromnetze, Datenkabel oder Projekte wie die Energieinsel Bornholm – wir müssen deutlich besser auf hybride Angriffe vorbereitet sein. Dafür braucht es endlich ein Seesicherheitsgesetz, das Zuständigkeiten auf See klar regelt. Hier muss das Zusammenwirken zwischen den Behörden vereinfacht werden.“